

Schuldenkrise im Globalen Süden: Kollaps oder Erholung?

Perspektiven für die deutsche G7-Präsidentschaft

Kristina Rehbein

Die Schuldenlage der Länder des Globalen Südens bedroht die nachhaltige Erholung von den Folgen der Corona-Pandemie. 2022 hält die Bundesregierung turnusmäßig die Präsidentschaft der G7. Auch wenn bei Schuldenfragen das Forum der G20 größere Bedeutung gewonnen hat, tragen die G7-Staaten die Verantwortung, private Gläubiger verbindlich zur Beteiligung an Umschuldungen und Erlassen zu verpflichten.

Die Verschuldung von Niedrig- und Mittlereinkommensländern hatte bereits vor der Corona-Pandemie einen historischen Höchststand erreicht. Infolge der Pandemie hat sich die Verschuldungssituation in Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. 135 von 148 Ländern weisen Anfang 2022 mindestens einen Schuldenindikator im kritischen Bereich auf. Mehr als dreimal so viele Länder wie vor der Pandemie sind bereits in einer Schuldenkrise oder von Überschuldung bedroht. Ein Grund dafür ist auch, dass die von den G20-Staaten und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Kontext der Pandemie geschaffenen Schuldenerleichterungen keine substanziellen Schuldenerlasse ermöglicht haben.

Viele Länder können ihren Schuldendienst schon jetzt nur weiter pünktlich bedienen, weil sie den Rechten der Gläubiger Vorrang vor den wirtschaftlichen und sozialen Rechten ihrer Bevölkerung einräumen. Bereits 2021 haben 83 Länder des Globalen Südens die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land gekürzt. Bis 2023 sollen es 115 Länder sein. Schon vor der Pandemie waren in vielen Ländern Ausgaben in einigen sozialen Bereichen auf einem niedrigen Niveau. Weltbank-Präsident David Malpass warnte im Februar 2022 vor einer humanitären Katastrophe, sollten untragbare Schulden nicht „durch einen fairen Schuldenschnitt gesenkt werden.“¹

Ohne den Einbezug privater Gläubiger gibt es keine nachhaltigen Schuldenerlasse

Private Gläubiger – z. B. Investmentfonds, Banken und Rohstoffhändler – halten mehr als 60% aller Forderungen gegenüber Ländern des Globalen Südens. Um die Verschuldung in kritisch verschuldeten Staaten auf ein nachhaltig tragbares Niveau zu reduzieren, ist damit die Beteiligung privater Gläubiger an Umschuldungen und Erlassen zentral.

Im Rahmen des G20-Umschuldungsrahmenwerks „Common Framework“ sind Umschuldungen zwar an die Bedingung geknüpft, dass sich Private im gleichen Umfang wie öffentliche Gläubiger beteiligen. Doch die Schwierigkeit, dies mit privaten Gläubigern auszuhandeln, wird einseitig auf die

Schuldnerstaaten verlagert. Verhandlungen – und notwendige Erleichterungen – können und werden daher von unkooperativen Privatgläubigern blockiert. Beim von den G20 zwischen 2020 und 2021 gewährten Schuldendienstmoratorium für 73 einkommensschwache Staaten kassierten private Gläubiger weiter ihren Schuldendienst, während die Mitgliedstaaten der G20 auf ihren Schuldendienst verzichteten. Einige der G20-Staaten sowie IWF und Weltbank baten Banken und Anleger zwar wiederholt darum, sich am Schuldenmoratorium zu beteiligen, doch Schritte zur verbindlichen Einbeziehung gingen sie nicht. Nun ist es auch nicht das Mandat privater Gläubiger, für globale Finanzstabilität und Entwicklungsperspektiven in ärmeren Ländern zu sorgen. Ihr Mandat ist die Gewinnmaximierung für ihre Kunden und Anleger. Gemeinwohlinteressen gegen das Primat von Partikularinteressen durchzusetzen, ist die Aufgabe der öffentlichen Hand und des Gesetzgebers. Und hier kommen die G7-Staaten ins Spiel.

Die Gruppe der 7 kann wichtige Weichen zur Lösung der Schuldenkrise stellen

Die G7-Staaten spielen heute als öffentliche Gläubiger keine zentrale Rolle mehr. Globale Schuldenfragen werden inzwischen zum Großteil im Kreise der G20 diskutiert. Während ihnen also die politische Gestaltungsmacht für die Gewährung weitreichender



multilateraler Entschuldungsinitiativen fehlt, liegt der Ball bzgl. der verbindlichen Einbeziehung privater Gläubiger in Schuldenrestrukturierungen in ihrem Spielfeld. Ein Großteil privater Gläubigerinstitutionen ist in westlichen Staaten beheimatet, ein Großteil der Verträge unter Londoner oder New Yorker Recht geschlossen. Daher haben die westlichen Staaten in diesem Bereich sowohl die Möglichkeit als auch die Verantwortung, sich – zum Beispiel im Kreise der G7 – auf Maßnahmen und Ziele zu einigen, die den verbindlichen Einbezug privater Gläubiger garantieren können. Dadurch würden sie auch das G20 Common Framework für Schuldnerstaaten attraktiver gestalten sowie ihre Position gegenüber dem innerhalb der G20 wichtigen Gläubigerland China verbessern.

Die Regierungen der G7 – darunter auch die Bundesregierung – erkennen bereits an, dass die Nicht-Beteiligung privater Gläubiger eines der Haupthindernisse für die Lösung der Schuldenkrise darstellt. Statt ihre Kompetenzen bei der Gesetzgebung auszuschöpfen, setzen sie einseitig auf moralische Appelle.

Besondere Rolle der Bundesregierung

Anstatt abzuwarten, ob die Regelungsversuche der G20 in ihrer bisherigen Form irgendwann Früchte tragen, ist dringend entschlossenes politisches Handeln geboten, um die gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Lage in den betroffenen Ländern so schnell und umfassend wie irgend möglich zu stabilisieren. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die politische Grundlage geschaffen, um die Weichen für die Schaffung nachhaltiger Lösungen der globalen Schuldenkrise zu stellen. Dort bekennt sie sich zum Ziel der Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens und der Umsetzung von Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Länder. Die deutsche G7-Präsidentschaft bietet eine zentrale Gelegenheit, den Worten Taten folgen zu lassen. So kann sich die Bundesregierung im Rahmen der G7 für die rechtliche Absicherung von Schuldenerlassen einsetzen, indem sie die Schaffung von nationalen Gesetzen anstößt, die das Unterlaufen von multilateralen Umschuldungsvereinbarungen erschweren. Ein Vorbild liefert der britische *Debt Relief (Developing Countries) Act* von 2010: Dieser verhindert, dass Schuldenerlasse, die im Rahmen der sogenannten Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC-Initiative) vereinbart wurden, durch Klagen unkooperativer Gläubiger unterlaufen werden.

1 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/weltbank-praesident-arme-laender-vor-humanitaerer-katastrophe-17795681.html>.



Kristina Rehbein ist Politische Koordinatorin von erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung, außerdem ist sie im Vorstand des European Network on Debt and Development.

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>